

8. DEZEMBER 2020 | ONLINE-KONFERENZ | MITWIRKENDE

Digitalisierung der Justiz Vernetzung und Innovation



Christine Lambrecht

Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Deutschland

Christine Lambrecht ist seit Juni 2019 Deutschlands Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz. 1995 hat sie ihr Studium der Rechtswissenschaften abgeschlossen, seit 1998 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestags. Neben anderen Positionen war sie Mitglied im Ältestenrat des Deutschen Bundestags und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen.



Didier Reynders

EU-Kommissar für Justiz

Didier Reynders ist seit 2019 EU-Justiz- und Verbraucherkommissar. Zuvor war er belgischer Vizepremierminister und Minister zahlreicher Ressorts, u. a. für auswärtige und europäische Angelegenheiten sowie Verteidigung. Er ist Abgeordneter im belgischen Parlament seit 1992. Didier Reynders studierte Rechtswissenschaften an der Universität Lüttich und ist Lehrbeauftragter / Gastprofessor in Lüttich, Löwen und Brüssel.



Alain Pilette

Vorsitzender der Ratsarbeitsgruppe E-Justiz

Alain Pilette ist Vorsitzender der Ratsarbeitsgruppe E-Recht (E-Justiz). Im Anschluss an seine Tätigkeit als Rechtsanwalt trat er 1997 in die europäischen Institutionen ein, zunächst als Verwaltungsrat im Ausschuss für Recht und Binnenmarkt des Europäischen Parlaments. Seit seinem Wechsel zum Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union im Jahr 2000 hatte er dort verschiedene Funktionen inne und ist derzeit Amtierender Direktor im Bereich Justiz.



Dr. Laura Sophie Dornheim

Vice President Consumer Products, eyeo GmbH, Berlin

Dr. Laura Sophie Dornheim hat ein Diplom in Wirtschaftsinformatik und promovierte mit einer Arbeit zum Thema Frauen in Führungspositionen. Sie ist VP Consumer Products bei eyeo, dem Unternehmen hinter dem weit verbreiteten Werbeblocker Adblock Plus, wo sie ein diverses und internationales Team leitet. Darüber hinaus ist sie Mitglied des Beirats von D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt und leitet die Arbeitsgemeinschaft Digitales der Grünen in Berlin. Seit sie das erste Mal online war, ist sie davon begeistert, welche grenzenlosen Möglichkeiten das Internet bietet und wie es uns ermöglicht, uns mit anderen zu verbinden und Neues zu erkunden. Heute setzt sie sich für ein freies und offenes Netz ein, in dem die Rechte und Möglichkeiten aller Nutzer Vorrang vor dem Profit und den Überwachungsinteressen einiger weniger haben.



Dr. Sebastian Stüker

Forscher am Karlsruher Institut für Technologie

Dr. Sebastian Stüker leitet die Research Group 3-01 „Multilinguale Spracherkennung“ am KIT. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Audioverarbeitung und automatische Spracherkennung für Echtzeit- und Online-Anwendungen, simultane Sprachübersetzung mit niedriger Latenz und Sprachtechnologien für Sprachen, für die es wenig Ressourcen gibt. 2009 promovierte er im Fach Informatik an der Universität Karlsruhe (TH). Er ist seit über 15 Jahren auf dem Gebiet der automatischen Sprachverarbeitung tätig und hat an verschiedenen nationalen und internationalen Projekten in diesem Bereich mitgewirkt. Derzeit ist er Arbeitspaketleiter des H2020-Projekts ELITR und koordiniert in dieser Eigenschaft die Arbeit des KIT an der Entwicklung von Spracherkennungs- und maschineller Übersetzungstechnologien für die simultane Sprachübersetzung. Darüber hinaus ist er an der Entwicklung und dem Vertrieb des am KIT entwickelten Systems zur Übersetzung von Vorträgen bzw. Vorlesungen beteiligt, dem weltweit ersten System zur simultanen Sprachübersetzung.



Reigo Kalamets

Business Analyst für das Estonian Court Information System beim Center of Registers and Information Systems, Estland

Reigo Kalamets ist bereits seit drei Jahren als Business Analyst für das Gerichtsinformationssystem tätig und war aktiv in die Entwicklung verschiedener technischer Lösungen für digitale Gerichtsverfahren eingebunden. Derzeit wirkt er als leitender Business Analyst an einem auf Gerichtsprotokolle gerichteten Audio- und Transkriptionsprojekt mit und arbeitet dabei eng mit dem Justizministerium und dem Entwicklerteam zusammen, um die beste Lösung für die Automatisierung von Gerichtsprotokollen zu entwickeln.



Jesús María Barba Lobatón

Stellvertretender Abteilungsleiter für Planung und Verwaltung der digitalen Transformation, Ministerium der Justiz, Spanien

Jesús María Barba Lobatón setzt sich seit 2012 für die Verbesserung der Justiz durch Technologie ein. In diesen acht Jahren hat er auf die Verwirklichung der digitalen Transformation der spanischen Justiz hingearbeitet. Eine tiefgreifende Transformation, nicht nur in technologischer Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf Prozessabläufe und die Förderung eines kulturellen Wandels, durch die es – gestützt durch eine Reihe rechtlicher Reformen – gelungen ist, die Justiz als öffentliche Dienstleistung zu einer wirksameren, innovativen, nachhaltigen und bürgerorientierten Dienstleistung zu machen. Dieser wichtige Prozess der digitalen Transformation der spanischen Justiz hat dazu geführt, dass Spanien in der Europäischen Union auf Platz 2 rangiert, was digitale öffentliche Dienstleistungen angeht, wie aus dem jährlich von der Europäischen Kommission erstellten Bericht zum Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2020 (DESI) hervorgeht.



Prof. Dr. Dr. Frauke Rostalski

Professorin für Strafrecht, Strafprozessrecht, Rechtsphilosophie und Rechtsvergleichung an der Universität zu Köln

Prof. Dr. Dr. Frauke Rostalski (geboren 1985) hat den Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht, Rechtsphilosophie und Rechtsvergleichung an der Universität zu Köln inne. Zusätzlich zu ihrer Promotion und Habilitation in Rechtswissenschaften promovierte sie im Fach Philosophie. Sie setzt sich umfassend mit den Herausforderungen des digitalen Wandels für Recht und Ethik auseinander. So leitet sie etwa das Projekt KI.NRW in Nordrhein-Westfalen, das von der Landesregierung finanziert wird und die Entwicklung einer Zertifizierung für den vertrauenswürdigen Einsatz von künstlicher Intelligenz zum Ziel hat. Seit April 2020 ist sie Mitglied des Deutschen Ethikrats. Frauke Rostalski forscht und veröffentlicht zu den folgenden Themen: Grundlagen des Strafrechts, Rechtsphilosophie, Wirtschaftsstrafrecht, Grenzfragen zwischen Medizin, Recht und Ethik, Herausforderungen der Digitalisierung für Recht und Moral.



Prof. Dr. Floris Bex

Professor für Data Science und Recht an der Universität Tilburg, Niederlande

Prof. Dr. Floris Bex, Professor für Data Science und Recht an der Universität Tilburg (Niederlande) und wissenschaftlicher Leiter des National Police Lab Artificial Intelligence an der Universität von Utrecht (Niederlande). Seine Forschung befasst sich mit der Gestaltung, Entwicklung und Evaluierung transparenter und verantwortungsvoll agierender KI-Systeme im Bereich Sicherheit und Justiz. Darüber hinaus berät er die nationale Polizei der Niederlande, das Gericht von Ost-Brabant und das Forschungs- und Dokumentationszentrum des niederländischen Ministeriums für Justiz und Sicherheit zu Fragen im Zusammenhang mit Datenwissenschaft und KI.



Prof. Dr. Riikka Koulu

Lehrbeauftragte an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Recht, Universität Helsinki, Finnland

Prof. Dr. Riikka Koulu ist Lehrbeauftragte (soziale und rechtliche Auswirkungen der KI) an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Recht der Universität Helsinki, Finnland. Seit 2016 leitet sie zudem das Legal Tech Lab der Universität Helsinki, eine interdisziplinäre Forschungsplattform, die sich mit den Schnittstellen zwischen Recht, Technologie und Gesellschaft befasst. Darüber hinaus hat sie mehrere Funktionen innerhalb und außerhalb des akademischen Bereichs inne; u. a. ist sie Vorsitzende des Expertengremiums der finnischen Datenschutz-Ombudsperson, Mitglied des Ethikbeirats des Finnischen Zentrums für künstliche Intelligenz (FCAI) und assoziierte Forscherin am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) in Berlin. Zu ihren aktuellen Forschungsschwerpunkten gehören die Automatisierung der rechtlichen Praxis, KI-Politik und -regulierung sowie Prozessperspektiven des Technologiedesigns.



Pauline Dubarry

Justizreferentin bei der Ständigen Vertretung Frankreichs bei der Europäischen Union

Pauline Dubarry studierte Rechtswissenschaften, Politik und internationale Beziehungen am Institut d'Etudes Politiques in Paris. Im Anschluss legte sie die Prüfung der französischen Nationalen Richterschule ab und wurde Richterin. Nachdem sie vier Jahre als Richterin für Familienrecht und Strafrecht am Gericht in Evry (nahe Paris) tätig gewesen war, trat sie in die zentrale Behörde für internationale justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen im Justizministerium ein, wo sie sich in den Bereichen internationale Kindesentführungen und Beweisaufnahme spezialisierte. Im Anschluss wendete sie sich wieder dem Strafrecht zu und fungierte in der Strafrechtsabteilung des Justizministeriums als französische Expertin bei den Verhandlungen zur Verordnung über die Europäische Staatsanwaltschaft. Im Januar 2017 übernahm sie die Leitung des Referats für europäische und internationale Verhandlungen im Bereich Strafrecht. Im Anschluss wurde sie Justizreferentin bei der Ständigen Vertretung Frankreichs bei der Europäischen Union.



Jana Gajdošová

Programmanagerin Justiz, Digitales und sichere Gesellschaft, Forschungs- und Datenabteilung, Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

Im Hinblick auf die Arbeit der Europäischen Grundrechteagentur umfassen die Fachgebiete von Jana Gajdošová u. a. Folgendes: internationale Menschenrechtsnormen, die Europäische Konvention für Menschenrechte (EMRK), Zugang zum Recht, nationale Menschenrechtsinstitutionen und Datenschutz. Davor war sie als Juristin im Büro des Verfahrensbevollmächtigten der Slowakischen Republik vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Rechtswissenschaft der Universität von East Anglia und als Praktikantin beim Juristischen Dienst der Europäischen Kommission tätig. Sie promovierte im Bereich Menschenrechtsnormen mit Schwerpunkt EGMR und hat eine Reihe von Buchbeiträgen und Artikeln auf dem Gebiet der Menschenrechtsnormen veröffentlicht; u. a. hat sie zwei Kapitel in Colombi Ciacchi, Comandé und Brüggemeier (Hrsg.), *Fundamental Rights and Private Law in the EU* (Cambridge University Press 2010) mitverfasst.



Dr. Martin Laufen

Koordinator ME-CODEX II, Ministerium der Justiz, Nordrhein-Westfalen, Deutschland

Dr. Martin Laufen studierte Rechtswissenschaften in Bonn und Lissabon und promovierte im Bereich Strafrecht an der Universität Rostock. Er war Richter für Zivil- und Strafrecht am Amtsgericht bzw. Landgericht Duisburg. 2017 trat er in das Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen ein. Dort koordinierte er von 2017 bis 2018 das Projekt „IRI for Europe“ und übernahm 2018 die Koordinierung des Projekts zur Aufrechterhaltung von e-CODEX. Neben digitalen europäischen Angelegenheiten befasst er sich mit Cybersicherheit und Datenschutz in der Justiz.



Stefan Schluß

Abteilungsleiter II (Internationales Zivilrecht), Bundesamt für Justiz, Deutschland

Stefan Schluß ist Leiter der Abteilung Internationales Zivilrecht beim Bundesamt für Justiz in Bonn. Als Richter für Zivilrecht trat er 2007 in das Bundesamt für Justiz ein. Er ist Experte für internationales Privatrecht, insbesondere für familienrechtliche Angelegenheiten, u. a. internationaler Kindesunterhalt, grenzüberschreitende Fälle von Kindesentführung und internationale Adoption. Beim Bundesamt für Justiz sind verschiedene Kontaktstellen und zentrale Behörden für Angelegenheiten des internationalen Zivilrechts angesiedelt.



Sacha van Willigen

LLM, Referentin für Rechtspolitik beim CJIB (Centraal Justitiele Incassobureau), Niederlande

Sacha van Willigen ist seit 2009 Referentin für Rechtspolitik beim CJIB (Centraal Justitiele Incassobureau). Das CJIB befasst sich mit der Eintreibung von Bußgeldern im Verkehrsbereich und anderen Geldsanktionen in den Niederlanden. Es ist für die Vollstreckung sämtlicher rechtskräftiger Gerichtsentscheidungen in den Niederlanden und für die Vollstreckung in sämtlichen an die Niederlande verwiesenen Fällen zuständig. Frau van Willigen ist für den internationalen Politikteil zuständig und hat 2016 den e-CODEX-Anwendungsfall bei finanziellen Sanktionen in der Zusammenarbeit mit Frankreich angestoßen.



Marina Lence

Projektleiterin für europäische und internationale Angelegenheiten bei der Agence Nationale de Traitement Automatisé des Infractions (ANTAI)

Marina Lence ist seit drei Jahren für den Bereich europäische Angelegenheiten bei der französischen Behörde für die automatisierte Bearbeitung von Verkehrsverstößen zuständig. Die 2011 geschaffene Behörde ist eine Einrichtung der öffentlichen Verwaltung, die für die automatisierte Bearbeitung von Verkehrsverstößen zuständig ist, die durch Radar oder über das elektronische Bußgeldverfahren (PVe) festgestellt werden. Die Behörde spielt eine zentrale Rolle bei der Verkehrssicherheitspolitik und bei der Modernisierung des öffentlichen Dienstes.



Dr. Maria Angela Biasiotti

Forscherin am Institut für Rechtsinformatik und Rechtspflege des Italienischen Forschungsrats (IGSG-CNR), Florenz, Italien

Dr. Maria Angela Biasiotti ist als Forscherin am Institut für Rechtsinformatik und Rechtspflege des Italienischen Forschungsrats (IGSG-CNR) tätig. Sie hat einen Abschluss in Rechtswissenschaften und promovierte im Bereich Informationstechnologie und Recht an der Universität von Bologna. 2001 nahm sie ihre Tätigkeit am Institut für Theorie und Technik der Rechtsinformationen (CNR-ITTIG) auf. Seit März 2014 koordiniert sie das Projekt EVIDENCE – European Informatics Data Exchange Framework for Courts and Evidence. Durch ihre frühere Tätigkeit als Rechtsanwältin verbindet sie umfangreiche juristische Praxiserfahrung mit breiten Kenntnissen im Bereich IKT und Recht. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Rechtsinformatik, Computerrecht, Modellierung und Zugriff auf Rechtsinformationen sowie Dokumentationsmanagement und Verbreitung von Rechtsinformationen. Sie hat zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten und Beiträge verfasst, die auf internationalen Konferenzen vorgestellt wurden.



Mathias Maurer

IT-Berater für digitale europäische Angelegenheiten beim Bundesrechenzentrum, Ministerium der Justiz, Österreich

Mathias Maurer ist IT-Berater beim österreichischen Bundesrechenzentrum und für das österreichische Ministerium der Justiz tätig. Er hat einen Abschluss in Rechtswissenschaften der Universität Wien und einen Master-Abschluss im Fach Informationssysteme der Universität Göttingen. Seine langjährige Erfahrung auf nationaler und europäischer Ebene im Bereich der Digitalisierung der Justiz geht auf seine früheren Tätigkeiten zurück, zum einen als Produktmanager für das österreichische Fallverwaltungssystem für Gerichte und Staatsanwaltschaften im Rahmen der strategischen Initiative „Justiz 3.0“ und zum anderen als Teamleiter für die Bereiche Geschäftsanalytik und Statistik in der Justiz und die amtliche Website für die Veröffentlichung von Gerichtsentscheidungen. Derzeit ist er für digitale europäische Angelegenheiten der österreichischen Justiz zuständig.



Dr. Cristian Nicolau

Leiter des Referats für e-Justiz, IT und Dokumentenmanagement, Generaldirektion für Justiz und Verbraucher, Europäische Kommission

Dr. Cristian Nicolau ist Leiter des Referats für e-Justiz, IT und Dokumentenmanagement bei der Generaldirektion für Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission. Seine Arbeit konzentriert sich auf die Politikgestaltung im Bereich e-Justiz und die Überwachung der Umsetzung des entsprechenden Aktionsplans. Als Information Resource Manager ist er für das Portfolio von Informationssystemen der GD Justiz und Verbraucher verantwortlich. Vor seinem Eintritt in die europäischen Institutionen war er für das rumänische Landwirtschaftsministerium und als Berater für die Weltbank tätig. Als Buchautor und Verfasser wissenschaftlicher Veröffentlichungen verfügt er über bedeutende Erfahrung in den Bereichen eGovernment und Folgenabschätzung.



Krum Garkov

M. Sc., Geschäftsführender Direktor, eu-LISA

Krum Garkov verfügt über mehr als 20 Jahre kulturübergreifende Erfahrung im öffentlichen und privaten Sektor. Im November 2012 wurde er Geschäftsführender Direktor bei eu-LISA und leitet die Agentur seitdem mit der Vision, Informations- und Kommunikationstechnologien als wesentlichen Erfolgsfaktor für eine integrierte Grenzverwaltung und Strafverfolgung auf EU-Ebene voranzubringen. Angesichts des sich ständig weiter entwickelnden digitalen Umfelds sieht er den Auftrag von eu-LISA darin, die Mitgliedstaaten in ihren Anstrengungen zur Schaffung eines sichereren Europas zu unterstützen und die Stabilität und Kontinuität der für sie erbrachten Dienstleistungen sicherzustellen. Vor seiner Tätigkeit bei eu-LISA war er Betriebsleiter bei der Experian Group Ltd., einem führenden globalen Informationsdienstleister für die Finanzbranche. Davor war er Programm-Manager bei Hewlett-Packard. Darüber hinaus war er für die nationale Steuerbehörde und das Zentrum für Massenprivatisierung in Bulgarien tätig. Er hat einen M. Sc. in Computertechnologie (Varna), einen MBA im Fach Informationssysteme (Stevens Institute of Technology, New Jersey). Außerdem hat er einen Studiengang für Führungskräfte an der London School of Business & Finance mit einem MBA in Unternehmensberatung absolviert.



Prof. Dr. Anne Sanders

MJur, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Unternehmensrecht, das Recht der Familienunternehmen und Justizforschung, Universität Bielefeld, Deutschland

Prof. Dr. Anne Sanders hat den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Unternehmensrecht, das Recht der Familienunternehmen und Justizforschung an der Universität Bielefeld inne und ist darüber hinaus Richterin in Teilzeit am Oberlandesgericht Hamm. Seit 2014 ist sie regelmäßig als Expertin für den Europarat zu den Themen richterliche Unabhängigkeit und Qualität der richterlichen Arbeit tätig. Als Expertin wirkte sie an drei CCJE-Stellungnahmen sowie an nationalen Justizreformprojekten in Albanien, Georgien, Zypern und in der Slowakischen Republik mit. Außerdem ist sie Co-Vorsitzende der ständigen EG-PA-Studiengruppe „Justiz und Gerichtsverwaltung“. Vor ihrem Eintritt in die Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Bielefeld hatte sie eine Juniorprofessur an der Universität Bonn inne (2013–2017). Ferner war sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesverfassungsgericht tätig (2009–2011). Sie promovierte und habilitierte sich an der Universität zu Köln. Sie studierte Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Universität von Oxford.

Bart Schellekens

Senior Adviser / Researcher Law & IT, Justizrat, Niederlande

Als Senior Adviser des Justizrats befasst sich Herr Schelkens schwerpunktmäßig mit den rechtlichen und ethischen Herausforderungen des digitalen Wandels der Justiz und erforscht die Auswirkungen von Technologie auf das Recht (und umgekehrt). Im Auftrag des Justizrats berät er die niederländische Regierung und das Parlament zum Thema Rechtsetzung und Governance im Bereich Recht und Technologie.



Niksa Stolic

Strafrichter und abgeordneter nationaler Experte beim Europäischen Datenschutzbeauftragten (EDPS)

Niksa Stolic ist Strafrichter aus Kroatien und abgeordneter nationaler Sachverständiger. Derzeit ist er als Rechtsreferent im Referat Politik und Beratung beim Europäischen Datenschutzbeauftragten (EDSB) tätig und verfolgt dort die Entwicklungen in der EU-Politik – insbesondere in den Bereichen justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen und polizeiliche Zusammenarbeit –, die Auswirkungen auf den Schutz personenbezogener Daten haben können. Davor war er u. a. bei der Generalstaatsanwaltschaft in Zagreb, Kroatien, und beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg tätig. Er hat einen Master-Abschluss in Rechtswissenschaften der Universität Zagreb.



Dirk Wedel

Staatssekretär des Ministeriums der Justiz, Nordrhein-Westfalen, Deutschland

Dirk Wedel ist seit 2017 Staatssekretär des Ministeriums der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen. Davor war er Richter am Landgericht Düsseldorf. Von Mai 2012 bis Juni 2017 war er Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen. In dieser Eigenschaft war er Vorsitzender der Vollzugskommission und Rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Seit Anfang 2020 ist er Mitglied des Ausschusses der Regionen. Im Juli 2020 hat er den Vorsitz des deutschen E-Justice-Rats übernommen.



Anabela Pedroso

Staatssekretärin der Justiz, Portugal

Anabela Pedroso begann ihre Laufbahn in der öffentlichen Verwaltung 1977 im Finanzministerium. Sie war unter anderem Beraterin des Staatssekretärs für öffentliche Verwaltung (2009–2010), Präsidentin der Agentur für die Modernisierung der Verwaltung (2007–2009) und Koordinatorin im Mission Unit sowie Mitglied im Vorstand von UMIC, der portugiesischen Agentur für die Wissensgesellschaft (2003–2006), wo sie 2003 für die Erarbeitung des Aktionsplans für die elektronische Verwaltung verantwortlich war. Während ihrer Laufbahn hat sie zum Teil in leitender Stellung an Projekten von großem öffentlichen Interesse mit einem starken Fokus auf Innovation und bürgerorientiertes Handeln mitgewirkt. Sie ist eine internationale Expertin und war auf Einladung für die OECD/SIGMA in den Bereichen Modernisierung und Innovation in der Verwaltung tätig (2006–2010). Nach ihrem Ausscheiden aus der öffentlichen Verwaltung arbeitete sie als Sonderberaterin für Deloitte Consulting (2010). Der Weitergabe von Wissen in besonderem Maße verpflichtet, lehrte sie während ihrer beruflichen Laufbahn zusätzlich von 1982 bis 2011 am Nationalen Institut für öffentliche Verwaltung (INA).



Dr. Margaretha Sudhof

Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Deutschland

Dr. Margaretha Sudhof ist ehemalige Richterin am Verwaltungsgericht Frankfurt a. M. und seit Juli 2019 Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Zuvor war sie als Staatssekretärin der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen (2019) tätig. Davor war sie als Ständige Vertreterin des Abteilungsleiters Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz im Bundesministerium des Innern (2010–2012) und Gruppenleiterin für Innen und Recht im Bundeskanzleramt.